

Die Mauer war kein altersschwaches Bauwerk, das lautlos zu Boden sank. Es war kein politisches Schicksal, dass sie verschwunden ist, sondern die Kulmination einer an Ideen und Initiativen überbordenden Protestbewegung in Osteuropa. »Fall der Mauer« klingt passiv, nach einem Kollaps, einem Betriebsunfall, der schließlich zur »Wiedervereinigung« geführt hat. Aber für die Revolution im Osten spielte die deutsche Wiedervereinigung zunächst gar keine Rolle – sie war nicht ihr Ziel.

Die demokratische Wende begann in der DDR wie auch in den anderen Ländern des Ostblocks als Forderung der Oppositionellen nach etwas Neuem, etwas zwischen Kapitalismus und Sozialismus, das damals vage der »dritte Weg« genannt wurde. Erst als die damit verbundenen Forderungen nach freien Wahlen und Reisefreiheit im Herbst 1989 zur Öffnung der Mauer führten, wurde aus dem Aufbruch ein Anschluss; nach einem Besuch der anderen Seite wollten viele Ostdeutsche das neue Glück jetzt, und die politischen Prozesse in der nun offenen DDR wurden schnell auch von der Agenda der westdeutschen Regierungsparteien bestimmt. Von nun an wurde die politische Entwicklung nicht mehr von den Wendeaktivisten geprägt, sondern von jenen, auf deren Plakaten stand: »Keine Experimente!«

Dass »die Mauer gefallen« ist, beschreibt eine Wahrnehmung aus westdeutscher Sicht, die zur Floskel und bis heute zur Normalperspektive auf die damaligen Ereignisse wurde. Jürgen Habermas nannte die historischen Veränderungen im Osten 1990 die »nachholende Revolution«. Dieser Lesart nach bringt sie keine Erneuerungen hervor, sondern mündet, über verschiedene Etappen des »Demokratie-lernens«, schließlich im Status quo des im Westen schon Bestehenden. Angetreten sind die Oppositionellen in der DDR, in Polen, Rumänien oder der Tschechoslowakei allerdings nicht mit der Idee, einfach nur in die Umschulung zu gehen.

Der österreichische Kulturphilosoph Boris Buden wies in seinem Wende-Essay *Zonen des Übergangs* darauf hin, dass das Subjekt der demokratischen Revolution der Wende und das Subjekt der nachholenden Revolution der Wiedervereinigung nicht dasselbe sind. Tatsächlich flieht man jenen Oppositionellen, die unter hoher Gefahr 1989 die Revolution im Osten auf die Straße und unters Volk gebracht haben, im Unterschied zu Helmut Kohl keine Kränze mehr. Es gibt eine Stasi-Unterlagen-Behörde und eine Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, aber kein Archiv der friedlichen Revolution, keine Bibliothek der 89er-Ideen.

Als ich unlängst bei einer Veranstaltung im Kanzleramt eingeladen war, die am Weltfrauentag für die Erhöhung der Frauenquote in den Führungsgremien der Medien und der Wirtschaft warb, erinnerte ich mich, dass es Jahrzehntelang in der DDR eine faktische Vollbeschäftigung der Frau gab, mit all den damit verbundenen Infrastrukturen – Kindergarten, Hortbetreuung, Betriebsferienlager und dem monatlich freien »Haushaltstag« bei vollem Lohn. Niemand wünscht sich deshalb die DDR zurück, zumindest ich nicht, aber sich an diesem Tag im Kanzleramt wenigstens daran zu erinnern läge nahe. Bei einer SPD-Veranstaltung sagte mir später eine führende Politikerin, dass man solche Aspekte der DDR leider immer noch nicht loben könne, weil »einfach viele Leute denken, das sei ungefähr so, als ob man Nazi-Deutschland wegen der Autobahnen loben«. Bin ich in der DDR also in so etwas wie dem »Dritten Reich« aufgewachsen?

Fast dreißig Jahre nach der Revolution im Osten könnte einem das Thema der Wiedervereinigung langsam etwas egal sein. Wir Deutschen sind 1989 mit so viel mehr wiedervereinigt worden als nur mit uns selbst. Wir haben unsere

Fixierung auf Hitler und den Holocaust verloren, ohne beides zu vergessen. Die DDR und die Bundesrepublik waren Antworten auf das »Dritte Reich« und definierten sich durch diesen Gegensinn zu Hider, aber auch als die Alternative des einen Halbsstaats zum anderen. Mit dem Verschwinden der Grenze bezog sich das wiedervereinigte Deutschland plötzlich auf Europa. Deutschland hat sich Europa zurückgeschenkt und begann seither seine Geschichte als Kolonialmacht ernst zu nehmen und unsere Gegenwart als die eines kulturell und religiös diversen Einwandererlandes zu betrachten. Warum also noch über 89 reden? Warum daran erinnern, dass die Mauer nicht gefallen ist, wie Schnee fällt, und die Wende im Osten auch nicht gleichbedeutend mit der Wiedervereinigung war?

Heute denke ich, dass unser innerdeutsches Zusammenwachsen neben all dem Gelingenen auch zum Entstehen einer Kultur des Ressentiments geführt hat, die eng verbunden ist mit einem neuen Nationalismus, Angst vor dem Fremden und einem dystopischen Populismus, wie ihn die Politologin Wendy Brown definiert hat. Wie konnten aus Menschen, die auf der Mauer tanzten, die ihre Geheimdienstzentralen besetzten und an Runden Tischen, in neuen Zeitungen und Parteien die Idee einer anderen Gesellschaft artikulierten, die »Jammerossis« werden? Auch jene Menschen, die sich jetzt abgehängt und in ihrer Lebensgeschichte entwertet fühlen, waren damals Teil jener Gesellschaft im Umbruch. Heute sagt niemand mehr: Wir sind ein Volk.

Es gibt einen Kolonialismus des Liberalen, der in der innerdeutschen Geschichte als solcher bislang nicht wahrgenommen wird. Wir sprechen heute von der Wiedervereinigung, aber vielleicht wurden die Deutschen durch nichts mehr getrennt als durch die Öffnung der Mauer. Das Gegensatzpaar »Ossi« und »Wessi« entstand jedenfalls erst nach 1989. Die westdeutsche Politikerformel von den »Brüdern und Schwestern im Osten«, die seit jeher paternalistisch wirkte, verwandelte sich dann in die Begrüßung jener »Söhne und Töchter«, die endlich am reich gedeckten Familientisch Platz nehmen durften. Für die Neubürger gab es Begrüßungsgeld, Umschulungskurse und neue Vorgesetzte. Die Ex-DDRler wurden nicht anders aufgenommen als die Rumänen- oder Wolgadeutschen. Willkommen im Paradies. Aber hatten wir 1989 im Osten nicht gerade eine Diktatur gestürzt? »Schlimmer geht es eigentlich nicht«, schreibt Boris Buden. »Nicht nur sind die Akteure der demokratischen Revolutionen ihres Sieges beraubt und zu Verlierern gemacht worden. Man hat sie zugleich entmündigt und zum blinden Nachahmern ihres Vormunds verdammt im lächerlichen Glauben, sie auf diese Weise zur Autonomie zu erziehen.« Diese repressive Infantilisierung der sich vom Sozialismus befreienden Gesellschaften ist für Boris Buden das politische Hauptmerkmal einer Übergangsgesellschaft, die ins Alte führt.

Nun, nach der Bundestagswahl, ist die Partei mit dem größten Wählerzuwachs genau jene, die wiederum ins Alte führt, aber ihre Stimmen überwiegend jenen verdankt, die nicht das Pro-

gramm der AfD unterstützen, sondern der Rache an den »Etablierten« Ausdruck verleihen. Sie sind der Statistik nach mehrheitlich nicht überzeugt rechtsnational, somit ist es die Chance und Aufgabe der demokratischen Parteien, diese Wähler zurückzugewinnen für ein politisches Spektrum, das Verlust Erfahrungen auf eine reifere Weise ernst nimmt. Der Wahlkampf wurde 2017 nicht durch Debatten über Gerechtigkeit gewonnen, sondern über Fragen nach unserer Kultur und Identität.

Dreißig Jahre nach der Wende baut Deutschland ein Humboldt Forum, um die humboldtsche Vermessung der Welt mit der deutschen Kolonialgeschichte zusammenzudenken. Dafür wurde der Palast der Republik abgerissen, und am gleichen Ort erinnert nun nichts an ihn. Wie reflektiert man diesen innerdeutschen Kolonialismus? Diesen nationalen Dachschaden, dass es bezüglich der Geschichte der DDR nichts mehr gebe, worüber man sich Gedanken machen müsse, außer die Mauertoten und die Stasi? Was von der DDR bleibt, ist eine Erinnerung an Opfer und Täter, an Unrecht und Scheitern und der Irrglaube, dies sei die ganze Wahrheit.

Die Mauer ist nicht gefallen

Was der Westen einfach nicht versteht: Den Ostdeutschen wurden ihre Identität und ihre Lebensgeschichte geraubt. Ein paar Nachfragen zum Tag der Deutschen Einheit

VON THOMAS OBERENDER

Angesichts der friedlichen Selbstauflösung der DDR erscheint es heute geradezu unwirklich, dass in der Mitte Europas, auf deutschem Boden, mehr als vierzig Jahre lang ein Land existierte, das nach 1949 die Industrien verstaatlicht und die Landwirtschaft kollektiviert hat; es entstand ein System des sogenannten Volkseigentums, der politisch gelenkten Wirtschaft, einer künstlichen Währung und sozialistischen Staatsdoktrin. Niemand will dieses System zurück, jedenfalls ich nicht, aber seine Geschichte ist reich an alternativen Denkmustern und Produktionsformen, es schuf eine andere Form der Kultur, die durch Züge des ideologischen Konformismus genauso geprägt war wie durch klassische Bildung und ästhetische Experimente. Sich daran zu erinnern muss erlaubt sein – genauso wie man sich auch an seine Kindheit erinnert, ohne befürchten zu müssen, reflexartig für regressiv gehalten zu werden.

Wenn es zu einem politischen Ritual geworden ist, im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung durch Kranzniederlegungen an die Mauertoten zu erinnern, warum nicht auch an jene, die zum Sturz der Mauer beigetragen haben? Nach ihnen werden keine Straßen benannt. Warum nicht Kraft daraus schöpfen, dass der Osten Deutschlands sich nach dem Krieg ohne Marshallplan wieder aufgebaut und

so erfolgreich industrialisiert hat, wie er nun über weite Teile und unter großen Schmerzen wieder deindustrialisiert wird?

Vielleicht wurzelt unser »nationaler Dachschaden« darin, dass die Revolution im Osten nur als nachholende Bewegung gesehen wird statt als ein Schatz an Differenz. Wie seltsam ist dies auch angesichts einer westdeutschen Geschichte linker Utopien. Wo die Erinnerungen an die DDR um diese wertschätzenden Aspekte gebracht werden, entsteht eine Geschichtsschreibung von »Siegern«.

Man erinnert sich in den ostdeutschen »Ärztehäusern« noch an die ehemaligen »Polikliniken«, aber im Nachdenken über die Reform unseres Gesundheitssystems ist es, als hätte es sie nie gegeben. Nicht dass sie die Lösung wären, aber sie sind ein anregender Teil unserer Geschichte. Wenn die Erinnerung an die Vollbeschäftigung, die Altstoffverwertung oder das Zentralabitur der DDR gleich in die Nähe der Rechtfertigung der Mauertoten und der SED-Diktatur führt, entsteht, wie es der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel nennt, eine »Repräsentationslücke« innerhalb unseres politischen Systems, die weiter wächst.

Wenn es am Anfang eine Art von ostdeutscher Bitternis gab, die mit dieser partiellen Geschichtsblindheit im Westen und der Entwertung kompletter Lebenswelten im Osten zu tun hat, so führte diese Krise der Repräsentation nicht nur zum Entstehen der Partei Die Linke und zu ihrer mühsam erungenen Akzeptanz im politischen Spektrum. Vielmehr erzeugte der kosmopolitische Liberalismus im Zuge der Wiedervereinigung auch ein Klima des

Ressentiments, das zunehmend ein gesamtdeutsches wurde, eine Allianz der Modernisierungsverlierer, die sich abgehängt und ausgeblendet fühlen. Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe nannte die so entstehende Gesellschaft eine Zwei-Drittel-Demokratie, zu deren Verlustmasse weniger die ökonomischen Verlierer zählen als die kulturellen.

Die neue Rechte, die sich zum Sprachrohr dieser sich im politischen System nicht mehr repräsentiert fühlenden Verlierer der Modernisierung macht, führt interessanterweise gerade keine Debatte um die Verteilung von Lebenschancen und die Einhegung der Märkte, sondern um Themen wie Identität, Heimat, im weitesten Sinne also um – Kultur. Die »kleinen Leute«, die sie vertritt, können durchaus auch Professoren sein. Die große Herausforderung unseres demokratischen Systems scheint mir angesichts dieser populistischen Bedrohung darin zu liegen, die Debatte um Werte von der reflexartigen Koppelung an den Vorwurf des Konservativen zu lösen, genauso aber auch vom »Kulturellen«. Werte sind nicht gleichbedeutend mit einer Leitkultur, sondern operative

Werte, frei vom Thema des Identitären sind sie Ausdruck einer Sorge um rechtliche Spielregeln und ethische Standards.

Auch wenn der materielle Wohlstand zunahm, entstand bei Teilen der sich abgehängt fühlenden Ostdeutschen ein Gefühl von Verlust und Entwertung der eigenen Lebensgeschichte. Sie sind nicht einmal mehr ein Problem, man übersieht sie wie das Personal im Hotel. Anwesend und sichtbar wurden in den letzten Jahren hingegen die Flüchtlinge, und der Neid auf die von Politik und Gesellschaft Gesehenen führte zum Aufstand der Pegida und zum beschämenden Wahlerfolg der AfD. »Mutti« Kanzlerin Merkel hat im Herbst 2015 neue bedürftige Kinder aufgenommen und übersah jene, die sich schon lange in ihrem Haushalt vernachlässigt fühlten. Keinem von ihnen wurde etwas weggenommen, weil neue Flüchtlinge gekommen sind. Dennoch entstand ein Neidkampf, der von Menschen geführt wird, die fragen: »Warum bekommen die Geld und Wohnungen und wir nicht?« Dabei geht es im Grunde nicht um das Materielle, sondern denen, die vor Merkel brüllten, hat man meiner Ansicht nach etwas anderes weggenommen: Stolz und Biografie.

Nicht anwesend und repräsentiert im politischen Gefüge fühlen sich aber auch viele der 22 Millionen Mitbürger, die längst nicht mehr Gastarbeiter sind, sondern Deutsche anderer Herkunft, Hautfarbe und Religion. Auch hier entstand mitten unter uns eine Kultur des Ressentiments, die in Dinslaken dem IS regen Zulauf bescherte. Auch das ist die Fernwirkung des politischen Erbes von 1989. Auch hier übergang der alte, kosmopolitische Westen die Basiserfahrungen eines Großteils seiner Mitbürger, der ganz andere Konsequenzen der Liberalisierung und Globalisierung bewältigen musste.

Die Tiefenwirkungen der nach 1989, zeitgleich mit dem scheinbaren »Ende der Geschichte«, entstandenen Kultur des Ressentiments haben mit »dem Fall der Mauer« begonnen. Was hätte es wohl bedeutet, wenn man nach der Wende die Abiturnoten der Westdeutschen mit dem Faktor 1,2 multipliziert und damit abgewertet hätte, wie mir das Anfang der Neunziger passiert ist, weil im Osten das Leistungsniveau angeblich niedriger war? Dies ist eine Kleinigkeit, das Leben ging lächelnd darüber hinweg, aber ich kann es nicht vergessen.

Warum sprechen wir, wenn wir über Dekolonialisierung sprechen, nicht auch über das Zusammenkommen der zwei deutschen Staaten? Was ist aus den Runden Tischen geworden? War das Grundgesetz nicht ein Provisorium, das durch eine Verfassung ersetzt werden sollte, sobald Deutschland vereint ist? Die Mauer ist nicht »gefallen«, auch wenn sich das im Westen so angefühlt haben mag. Es ist an der Zeit, sich andere Geschichten anzuhören und die Geschichte Deutschlands aus der Perspektive der Zuspätkekommenen, der Gescheiterten und Verlierer zu betrachten – nicht mit einer Geste des Erbarmens, sondern weil sie uns bereichert.

Thomas Oberender, geboren 1966 in Jena, ist Intendant der Berliner Festspiele



War denn alles schlecht an der DDR? Auch die Rundum-sorglos-Kinderbetreuung? Auch der Palast der Republik?